

- den Sach- und Beschlussstand zur Erstellung eines Rahmenplanes (Bedeutung, Steuerungsinstrument),
- die Möglichkeiten der Förderung,
- die erfolgreich durchgeführten Workshops (incl. Übernahme der Ergebnisse in den Rahmenplan),
- die erfolgte Objektbegehung und Zusammenarbeit mit der BIMA,
- den aktuellen Zustand der Infrastruktur und der Ver- und Entsorgungssysteme ein.

Als Fazit ist festzustellen, dass durch eine schnelle und harmonische Zusammenarbeit aller Beteiligten die bisherigen Ergebnisse und der derzeitige Sachstand erreicht werden konnte.

Aus dem Kreise der Einwohnerversammlung ergeben sich Fragen zu folgenden Themen:

- a) Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge
- b) Förderung durch den Bund
- c) Verwendung des Soldatenheimes „Uns Huus“

Die aufgetretenen Fragen werden umfassend von Bürgermeister Sohn beantwortet.

Im Kern ist festzustellen, dass die Unterkunftsgebäude in der Schill Kaserne aufgrund der Abkopplung von den Ver- und Entsorgungseinrichtungen, einer dadurch möglichen Gesundheitsgefährdung durch Verkeimung des Trinkwassers und der zum Teil schlechten Bausubstanz der Unterkunftsgebäude (Schimmelbildung) sowie der Verwaltungshoheit des Bundes für eine Nutzung als Flüchtlingsunterkunft nicht in Betracht kommen.

Zur Förderung seitens des Bundes sind mittlerweile positive Signale zu vermerken. Unter Berücksichtigung der strukturellen Besonderheiten können möglicherweise Grundstücke anstelle des Verkehrswertes zu einem günstigeren Preis erworben werden. Die Grundthematik wurde auch in einer gemeinsamen, bundesweiten Resolution (Muster Mühlhausen) aufgegriffen und der Bund auf seine besonderen Verpflichtungen hingewiesen. Bei den Grundstücksinteressenten sind fünf ernsthafte Investoren zu verzeichnen, deren Vorhaben auch inhaltlich zum derzeitigen Stand der Rahmenplanung passen würden.

Neben der Kaserne wurde nunmehr auch das Soldatenheim in den Rahmenplan aufgenommen. In der nächsten Woche wird ein Gespräch mit der EAS als Eigentümerin stattfinden; hier sei denkbar, auch die Konditionen einer Übernahme zu thematisieren. Eine künftige Nutzung müsste jedoch sauber geplant werden, insofern können am heutigen Tage noch keine weiteren konkreten Aussagen getroffen werden.

2. Finanzen der Stadt

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Först, informiert eingangs über die besondere Aufgabe der Stadt als Unterzentrum in der Region und der damit verbundenen Versorgungsfunktion. Er stellt sodann den Haushaltsplan 2014 vor, benennt dabei die Eckdaten des Haushaltes und wichtigsten investiven Maßnahmen.

Er vergleicht anschließend Stand und Entwicklung der Schulden, der Rücklagen und des Vermögens für das aktuelle und für vorangegangene Haushaltsjahre.

Weiterhin geht er auf die Entwicklung des Aufkommens der Gewerbesteuer ein und erläutert den Zusammenhang zwischen der Finanzkraft und der daraus resultierenden Abführung von Umlagen.

Als Fazit ist festzustellen, dass auch in diesem Jahr der Stadtvertretung ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann.

In der anschließenden Aussprache ergaben sich aus dem Kreise der Zuhörer/innen Fragen zu folgenden Themen:

- a) Behebung von Straßenschäden und Sanierungsmaßnahmen (u. a. Finkenrehrn, Gehweg Bahnhofstr.)
- b) Entwicklung der Ausgaben für die Schulkostenbeiträge, Zusammenhang von Finanzkraft und Zahlung einer zusätzlichen Kreisumlage
- c) Realistische Einschätzung der Haushaltszahlen und Prognosen

Die aufgetretenen Fragen werden von Bürgermeister Sohn und Herrn Först als Ausschussvorsitzenden beantwortet. Eine zusätzliche Kreisumlage ist abzuführen, sofern in einem Haushaltsjahr sich eine besonders hohe Finanzkraft (insbesondere durch Steuereinnahmen) ergibt.

Hinsichtlich der erforderlichen Straßensanierungen ist zu bemerken, dass zunächst über Maßnahmen des städtischen Bauhofes die Gebrauchsfähigkeit der Stadtstraßen wiederhergestellt wird. Die erforderlichen gründlichen Sanierungen müssen entsprechend geplant und auf kommende Haushaltsjahre verteilt werden, um sich nicht in einem Haushaltsjahr mit über 5 Mio. Euro verschulden zu müssen.

Für die erforderlichen Maßnahmen wurde eine Prioritätenliste gefertigt; es müsse jedoch auch beachtet werden, dass die Straßenausbaumaßnahmen auch zu einem erheblichen Anteil durch die Heranziehung der Anlieger zu Ausbaubeiträgen mitfinanziert werden.

Aufgrund einer vorsichtigen und gewissenhaften Schätzung müsse speziell der Haushalt 2014 als eher konservativ ausgelegt betrachtet werden.

3. Programm Städtebausanierung

Anhand der vorhandenen Planungsunterlagen informiert Bürgermeister Sohn über Ausgang, Entwicklung und aktuellen Sachstand des Städtebausanierungsprogrammes „Soziale Stadt“. Dieses Gesamtprogramm beinhaltet soziale Aspekte sowie die bauliche Verbesserung der vorhandenen Substanz. Im Rahmen des Vortrages werden die Teilbereiche Niederstraße, Gildenplatz, Plöner Straße mit den einzelnen Maßnahmen detailliert dargestellt. Neben den Maßnahmen und deren Bedeutung für die Entwicklung der Stadt stellt Bürgermeister Sohn den sozialen Beirat mit seinem besonderen Aufgabenbereich dar und benennt die Ansprechpartner der BIG-Städtebau vor Ort. Für den Sozialen Beirat als besonderen Funktionsträger werden auch im Haushalt 2014 Mittel bereitgestellt.

Nach dem Vortrag ergaben sich aus der Einwohnerversammlung Fragen zu folgenden Problemfeldern:

- a) Zustand und Nutzung des D. H. Boll-Geländes
- b) Baulücke in der Niederstraße als optischer Schandfleck
- c) Schwindendes Großgrün im Stadtgebiet, insbesondere am Gildenplatz und im Zusammenhang mit Parkflächen
- d) Ampelschaltung Marktplatz
- e) Gildenplatz als multifunktionaler Platz
- f) Einrichtung eines Sozialkaufhauses, Lütjenburger Tafel
- g) Anlage eines Geh- und Radweges in der Königsberger Straße

Die angesprochenen Problemfelder werden weitgehend durch Bürgermeister Sohn beantwortet. Im Kern verweist er auf die Zuständigkeit der jeweiligen Grundstückseigentümer. Er stellt klar, dass auch aufgrund der seit Jahren gültigen und angewendeten Baumschutzsatzung das Großgrün in der Stadt nicht verschwindet. Es ergab sich durchaus die Notwendigkeit, einzelne Bäume zu fällen, jedoch wurden gleichermaßen Neuanpflanzungen in anderen Bereichen vorgenommen. Zu allen Maßnahmen sind die Entscheidungen umsichtig und mit Bedacht getroffen worden.

Zur Einrichtung eines Sozialkaufhauses nimmt Bürgervorsteher Klaus - hier in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sozialausschusses - eingehend Stellung.

Das Projekt ist seit längerer Zeit bereits Thema des Ausschusses und wird voraussichtlich in der kommenden Sitzung am 03.12.2013 auch wieder behandelt.

Es ist Wunsch der Stadt, ein Sozialkaufhaus einzurichten, jedoch müssen die konkreten Bedingungen, die Standortfragen und insbesondere die Finanzierbarkeit durch einen Träger noch erörtert und abgewogen werden.

Im Zusammenhang mit diesem Thema stellt Bürgermeister Sohn den aktuellen Sachstand zur Lütjenburger Tafel dar. Da diese nicht mehr eigenständig ist, erfolgten bereits Gespräche mit Vertretern der AWO, um nach einer praktikablen Lösung für die Zukunft zu suchen.

Frau Holst beschreibt abschließend die Tendenz, vom Sozialen Kaufhaus abzurücken, da hier nur ein Zugang mit entsprechendem Nachweis möglich sei. Vielmehr würden derzeit Billig-Kaufhäuser eingerichtet, zu denen ein Jedermann dann Zutritt hat.

4. Allgemeines

Zur allgemeinen Information berichtet Bürgermeister Sohn über folgende Ereignisse, Maßnahmen und Projekte:

- Einsatz der Feuerwehr im Bereich des Kleingartengeländes
- Kurzfristige Einrichtung einer Bushaltestelle am Gildenplatz
- Breitbandversorgung im Stadtgebiet
- Bereitstellung von u3-Plätzen in den Kindertagesstätten
- Überarbeitung der Homepage der Stadt Lütjenburg
- Arbeitskreis Stadtarchiv (offizielle Eröffnung der Einrichtung am 14.12.2013)
- Umweltbelange und Umweltschutz im Bereich des Niedermühlenweges (Schutzmaßnahmen, Absprachen mit dem Anglerverein)

Abschließend ergeht ein Appell von Bürgermeister Sohn und Bürgervorsteher Klaus, sich jederzeit an die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter zu wenden und insbesondere die Sitzungen der städtischen Gremien zu besuchen und Anregungen vorzubringen.

5. Anregungen und Vorschläge

Aus der Einwohnerversammlung heraus ergehen folgende Anregungen und Vorschläge:

- Verbesserung des städtischen Haushaltes durch Ausgabenbegrenzungen
- Präsenz der Krankenkassen zur Betreuung der Mitglieder vor Ort (insbesondere AOK und Barmer Ersatzkasse)
- Verlegung der Eisbahn in das Kasernengelände
- Großraumtaxi / Stadtbus für ältere Bürgerinnen und Bürger
- Betrieb der Hundekotstationen und Beseitigung von Verunreinigungen durch Halter
- Verbesserung der Jugendarbeit
- Zeitgerechte Abfuhr von Sperrmüll
- Prüfung der Begrenzung der Beleuchtungsdauer der Straße „Nienthal“

Bürgervorsteher Klaus und Bürgermeister Sohn gehen jeweils auf die vorgetragenen Anregungen und deren Machbarkeit ein. Soweit umsetzbare Anregungen und Vorschläge städtische Angelegenheiten betreffen, werden diese entsprechend aufgenommen.

Bürgervorsteher Klaus bedankt sich sodann bei den Einwohnerinnen und Einwohnern für das Interesse, die rege Beteiligung und schließt die Einwohnerversammlung.

Bürgervorsteher

Protokollführer